

Verkehrsausschuß

Protokoll

32. Sitzung (nicht öffentlich)

21. Januar 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Jaax (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Elektronische Möglichkeiten der Verkehrslenkung

1

Berichte von Sachverständigen

2 Gesetz zur Änderung des Landesstraßenausbaugesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4133 und Vorlage 11/1471

Vorlagen 11/1527, 11/1588, 11/1791, 11/1809, 11/1849,
11/1887, 11/1897

7

siehe Diskussionsprotokoll

3 Private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/2511

Vorlage 11/1405

13

Diskussion mit Minister Kniola.

Der Ausschuß kommt überein, dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuß mitzuteilen, daß er noch nicht Stellung nehmen kann, da die Bundesregierung noch keine konkreten Vorschläge vorgelegt hat.

4 "Semester-Ticket" für die Studierenden an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/2645

15

Diskussion mit Minister Kniola.

5 Verkehrssicherheit

a) Einführung des "Grünen Pfeils" 19

b) Berücksichtigung von Ergebnissen der Aachener Untersuchung
"Fußgängerfreundliche Ampelschaltungen" 19

c) Einführung eines "Fußgängerbeauftragten" 20

Auf Antrag der Fraktion der SPD

Kurze Diskussion

Seite

6 Verschiedenes

- a) **Mitteilung des Vorsitzenden betreffend Änderung des Landesplanungs-gesetzes** 21
- b) **Frage der Abgeordneten Thomann-Stahl (F.D.P.) betreffend große Bahnstrukturreform** 21

Nächste Sitzung: 4. Februar 1993

* * *

Abgeordneter Mayer (Düsseldorf) (SPD) merkt an, in Gesprächen mit Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Düsseldorfer Rates sei ihm das Bedenken vorgetragen worden, daß mit dem neuen System noch mehr Verkehr auf das Stadtzentrum gezogen werde.

Dipl.-Ing. Tiemann (Siemens) berichtet, der Rat der Stadt habe sich für das System ausgesprochen, weil er eine gewisse Vorreiterfunktion übernehmen wolle, er habe das Thema aber vertagt, bis die Höhe des Fördersatzes bekannt sei. Bisher würden nach GVFG nur 70 % gewährt. Sobald 90 % genehmigt würden, werde Düsseldorf, so der Oberbürgermeister, sofort beginnen. Für Wuppertal gelte dasselbe.

Mit dem System hätten die Verkehrspolitiker erstmals ein Instrument, mit dem sie eine bestimmte Anzahl von Routen auswählen und den Verkehr umlenken könnten. Die Routen könnten wieder geändert, das Ganze könne dynamisch gestaltet werden. Die Entscheidung liege bei den Politikern.

2 Gesetz zur Änderung des Landesstraßenausbaugesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/4133 und Vorlage 11/1471

Vorlagen 11/1527, 11/1588, 11/1791, 11/1809, 11/1849, 11/1887, 11/1897

Abgeordneter Böse (SPD) legt dar, nachdem es seiner Fraktion gelungen sei, den vorgesehenen Finanzrahmen des Gesetzes in Höhe von 145 Millionen DM auf 200 Millionen DM zu erweitern, habe sie wie die CDU- und die F.D.P.-Fraktion einen Katalog zusätzlicher Maßnahmen erarbeitet. Die SPD-Liste halte den Finanzrahmen für die nächsten zehn bis elf Jahre ein, die der CDU-Fraktion gehe weit darüber hinaus. Er halte dies für Traumtänzerie.

Es müsse nun dafür gesorgt werden, daß der Auftrag des Landtags von den Landschaftsverbänden in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen umgesetzt werde. Ob dies möglich sei, hänge von der Finanzlage ab. Vor Ort sollten deshalb nur die beschlossenen Maßnahmen zügig angegangen werden; mit zwar wünschenswerten,

aber gegenwärtig nicht zu realisierenden Maßnahmen solle keine Zeit vergeudet werden.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) äußert, die Änderungsanträge ihrer Fraktion unterschieden sich von denen aller anderen Fraktionen grundsätzlich. Einer beziehe sich auf den Gesetzentwurf selbst, die anderen bezögen sich auf den ersten Entwurf der Landesregierung.

Sie halte die nachträgliche Aufstockung der Mittel sowohl aus umwelt- als auch aus finanzpolitischen Gründen in der gegenwärtigen Situation für skandalös und werde die Änderungsanträge der anderen Fraktionen ablehnen.

Abgeordneter Dreyer (CDU) hebt hervor, seine Fraktion habe sich bei der Aufstellung ihrer Maßnahmenliste an die Geschäftsgrundlage des Landesstraßenbedarfsplans gehalten, nämlich einen Zeithorizont von 20 Jahren, eingeschlossen die Maßnahmen der Stufe 2, die bei der letztmaligen Beratung aufgenommen worden sei, weil seinerzeit nicht alle Maßnahmen innerhalb des Finanzvolumens hätten untergebracht werden können. Sie gehe davon aus, daß in den nächsten 20 Jahren jährlich 200 Millionen DM = 4 Milliarden DM, gerechnet auf der heutigen Kostenbasis, zur Verfügung stünden, und habe darauf ihre Vorschläge für die Stufe 1 bezogen. Die Landesregierung sei ebenso wie die SPD-Fraktion von nur zehn Jahren und 2,9 Milliarden DM auf der Basis von 145 Millionen DM jährlich ausgegangen.

Die Maßnahmen der Stufe 2 würden von den Landschaftsverbänden und den Gemeinden für nötig gehalten. Dafür seien schon Planungsunterlagen, die zum Teil über die Linienbestimmung hinausgingen, erarbeitet worden. Nachdem die Landschaftsverbände entsprechend der neuen UA-III-Regelung die Planung der Landesstraßen bezahlen müßten, wäre die Konsequenz aus der Liste der SPD-Fraktion, daß Planungen, für die bereits Geld ausgegeben worden sei, umsonst gewesen seien.

Er kündigt die Zustimmung seiner Fraktion zur Ergänzung des § 1 Abs. 1 des Gesetzentwurfs an und schlägt zunächst zum Verfahren vor, sich mit den zwei vom Ausschußassistenten vorgelegten Listen (Anlage) und anschließend mit den von den Fraktionen zusätzlich gestellten Anträgen zu befassen. Allerdings vermisse er in der vorgelegten Liste schon auf den ersten Blick zwei Projekte, auf die sich SPD und CDU verständigt hätten. - Im weiteren Verlauf der Sitzung schlägt er vor, die Vorlage seiner Fraktion 11/1897 zur Grundlage der Beratung zu machen, da diese alle Maßnahmen enthalte, für die auch die anderen Fraktionen Anträge gestellt hätten. -

Verkehrsausschuß

21.01.1993

32. Sitzung

zi-sto

Er spricht sich ferner dafür aus, die L 661 entgegen der CDU-Liste in die Stufe 1 aufzunehmen.

Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.) äußert, angesichts der Mitte der 90er Jahre zu erwartenden Belastungen durch die Verpflichtungen aus der deutschen Einheit sei ihre Fraktion von einem Finanzrahmen bis ca. 1996 ausgegangen, denn sie halte es für realistisch, daß nur bis dahin die 200 Millionen DM jährlich zur Verfügung stünden. Deshalb habe sie auch nur relativ wenige Maßnahmen vorgeschlagen. Wenn die SPD-Fraktion in Übereinstimmung mit dem Finanzminister den Mittelrahmen auf zehn Jahre ansetze, wolle sie sich dieser Finanzplanungsvorschau nicht verschließen.

Sie bittet, die L 547 - Westumgehung Dolberg - aus der Liste ihrer Fraktion, Vorlage 11/1791, zu streichen, da sie bereits fertiggestellt sei.

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN betreffend Streichung der Ergänzung des § 1 Abs. 1 des Gesetzentwurfs - Vorlage 11/1887

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) vertritt die Meinung, daß durch diese Ergänzung der Abwägungsprozeß verkürzt und die verfassungsmäßige Rechtswegeggarantie ausgehöhlt werde. Ferner werde eine Nullvariante bei einer anschließenden Umweltverträglichkeitsprüfung ausgeschlossen. Auch wenn die Regelung auf Bundesebene schon lange bestehe, so müsse das Land diesem schlechten Beispiel nicht folgen.

Der Ergänzung wird sodann gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN zugestimmt.

Vorsitzender Jaax teilt mit, die SPD-Fraktion bitte darum, ihre Liste - Vorlage 11/1849 - folgendermaßen zu ändern bzw. ergänzen:

1. L 417 OU Remscheid/Lüttringhausen - Südumgehung - wird gestrichen.
2. L 555 Südumgehung Nordwalde soll in Stufe 1 aufgenommen werden.
3. L 661 in Dortmund, Anbindung an B 236 n, soll in Stufe 1 aufgenommen werden.

4. L 889 Ortsumgehung Ahsen soll in Stufe 1 aufgenommen werden.

Den Maßnahmen der Liste 1 (Anlage) wird, ergänzt um die L 547, gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN zugestimmt.

Aus der Liste 2 gestrichen werden die L 113 und L 751, da es beim Regierungsentwurf bleibt, neu aufgenommen werden die L 555 und die L 661. Dem wird gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN zugestimmt.

Beantragte Maßnahmen in die Stufe 1

SPD-Fraktion (Vorlage 11/1849):

Der Aufnahme der L 889 - Ortsumgehung Ahsen - in die Stufe 1 wird gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN zugestimmt.

CDU-Fraktion (Vorlage 11/1897):

Die unter I vorgeschlagenen Maßnahmen werden mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Vertreterin der F.D.P. abgelehnt.

Die unter II verbleibenden Maßnahmen werden mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Vertreterin der F.D.P. abgelehnt.

F.D.P.-Fraktion (Vorlage 11/1791):

Die verbleibende L 403 wird mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreterin der F.D.P. und der CDU abgelehnt.

Beantragte Maßnahmen in die Stufe 2

SPD-Fraktion:

Den Maßnahmen unter III wird, ausgenommen die L 417, mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN bei Enthaltung der CDU und der Vertreterin der F.D.P. zugestimmt.

CDU-Fraktion:

Die Maßnahmen unter III werden mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Vertreterin der F.D.P. abgelehnt.

F.D.P.-Fraktion:

Die verbleibenden unter 2 vorgeschlagenen Maßnahmen werden mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreterin der F.D.P. und der CDU abgelehnt.

Ziffer 3 der Vorlage der Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Dreyer (CDU) teilt mit, seine Fraktion beantrage die Ortsumgehung Marl nur zwischen der B 225 und der Gemeindestraße Auf Hübings-Feld. Im weiteren genüge der Ausbau der Gemeindestraße.

Abgeordneter Degen (SPD) macht darauf aufmerksam, daß der Weiterbau der L 522 Marl - Bottrop (Vorlage 11/1849, III.9) bei Enthaltung der Fraktion der CDU beschlossen worden sei. Würde das Stück, das in Stufe 1 sei, gestrichen, wäre der Weiterbau sinnlos.

Abgeordneter Dreyer (CDU) hält dagegen, er sehe die Möglichkeit, die Verbindung A 31 bis B 225 zu bauen und dann die Gemeindestraße zu nutzen.

Mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Vertreterin der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN wird die Streichung der L 522 - Marl - insgesamt abgelehnt.

Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der Vertreterin der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN wird die L 522 zwischen B 225 und der Gemeindestraße Auf Höbings-Feld abgelehnt.

Die Streichung der L 751 - OU Oerlinghausen - wird mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Vertreterin der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN - Vorlage 11/1887

Zur L 751 - OU Oerlinghausen - teilt **Abgeordnete Nacken (GRÜNE)** mit, daß sie diesen Antrag zurückziehe, da derjenige der F.D.P. weitergehend gewesen sei. Sie habe den Antrag gestellt, als die Mittelaufstockung noch nicht gesichert gewesen sei und eine Chance bestanden habe, daß die Ortsumgehung nicht realisiert werde.

Abgeordneter Hunger (SPD) merkt an, daß die Ortsumgehung im Rat von Oerlinghausen mit den Stimmen der GRÜNEN beschlossen worden sei.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) hält dagegen, vor Ort bestehe oft nicht die Möglichkeit, einer hochbelasteten Straße mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen entgegenzuwirken. Aus der Sicht ihrer Fraktion gäbe es dazu Möglichkeiten.

Die verbleibenden Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN werden gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

Zu Ziffer 4 der Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P.

Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.) sagt, daß ihr Antrag vor der Aufstockung der Mittel gestellt worden sei; die Ziffer 4 könne nun entfallen.

Änderungsanträge der Fraktion der SPD

Den Änderungsanträgen der Fraktion der SPD wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der Vertreterin der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN zugestimmt.

Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Jaax (SPD) benannt.

Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola sichert zu, die zeichnerische Darstellung des Ausbauplans entsprechend anzupassen und bisherige Ungenauigkeiten zu korrigieren.

3 Private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/2511

Vorlage 11/1405

Vorsitzender Jaax schickt voraus, er habe diesen Antrag auf die Tagesordnung genommen, da der Ausschuß gegenüber dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuß bis 31. Januar 1993 eine Stellungnahme abgeben solle.